

«Eine peinliche Bonus-Debatte»

Im Kommentar kritisiert Jürg Meier die Axpo-Eigentümer mitunter zu Recht (NZZ 20. 12. 24). Mit der Entpolitisierung des Verwaltungsrats 2016 haben die Eigner ihren Einfluss auf die strategische Führung des Konzerns verloren. Die unabhängigen Verwaltungsräte inklusive Konzernleitung wiederum haben zu wenig Verständnis für die Interessen von Politik und Öffentlichkeit.

Die Vorkommnisse der beiden letzten Jahre – Rettungsschirm des Bundes, Ablehnung der Ablösung des NOK-Gründungsvertrags durch das Schaffhauser Stimmvolk, Bonus-Debatte usw. – belegen dies klar. Die Stossrichtung der zukünftigen Ausrichtung und Struktur der Axpo ist ein kleiner Lichtblick, welcher die Wahrung der Beherrschung der Axpo durch die öffentliche Hand anstrebt.

Die Eignerstrategie aber lässt Verwaltungsrat und Konzernleitung einen unverändert grossen Handlungsspielraum. Undurchsichtig bleibt insbesondere die Rolle des weltweit expandierenden Handelsgeschäfts, das in guten Zeiten Dividenden abwirft, in schlechten Zeiten Verluste einfährt, jedenfalls aber keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit der Schweiz leistet.

Die sinnvollste Lösung wären die Fusion der Axpo- und CKW-Assets mit den Kantonswerken sowie der Verkauf des Handelsgeschäfts an einen internationalen Investor. Für die «Axpo-Bank» ist die öffentliche Hand längst die falsche Eigentümerin.

Die Minimallösung wäre im Interesse der Transparenz der Marktrisiken ihr Börsengang. Schliesslich ist der Holding-Verwaltungsrat mehrheitlich mit kompetenten Vertretern aus dem öffentlichen Sektor zu besetzen, zumindest die Funktion des Präsidenten. Abzocker-Debatten wären alsdann obsolet.

Martin Saxer, ehem. VR-Sekretär
Axpo Holding, Horgen

Rahmenabkommen mit der EU

Bei den Verhandlungen um das neue Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU ging es offensichtlich um pure Machtpolitik («Die Verträge mit der EU stehen», NZZ 21. 12. 24).

Die EU-Kommission hat sich in fast allen wichtigen Fragen durchgesetzt. Das Ergebnis ist ein einseitiges Vertragswerk, das vor allem geeignet ist, die Schweiz wirtschaftlich und gesellschaftlich zu schwächen.

Es dürfte hinlänglich bekannt sein, dass der EU das Erfolgsmodell Schweiz schon lange ein Dorn im Auge ist. Die Überlegenheit der Schweiz in fast allen für das Leben relevanten Belangen stellt für die Union ein Ärgernis dar, da sie die eigenen Unzulänglichkeiten zutage treten lässt. Wie nicht nur in der Politik zu beobachten ist, wird manch-

mal vieles unternommen, um die Konkurrenz zu schwächen.

Die Angst scheint vor allem in der Politik weit verbreitet zu sein, dass uns die EU weiterhin schikanieren wird, sollte die Schweiz nicht nach ihrer Pfeife tanzen. Etwas mehr Selbstbewusstsein stände der Eidgenossenschaft gut. Angst ist meist kein guter Ratgeber.

Philip Hjeltnér, Zürich

Mit grossem Brimborium wurde der Abschluss der EU-Verhandlungen in den Medien als erfolgreiches Ereignis gefeiert. Das Ergebnis ist für mein Verständnis aber ernüchternd.

Ich vermag aus den vom Bundesrat im Mai 2021 einseitig abgebrochenen Verhandlungen und dem jetzt präsentierten Vertragswerk, welches unsere Souveränität in den wesentlichen Punkten weiterhin uneingeschränkt tangiert und verletzt, in keiner Weise Verbesserungen oder Fortschritte zu erkennen. Zu viele Bausteine, welche nicht ansatzweise klar geregelt sind, bergen erhebliches Konfliktpotenzial bei den noch anstehenden Detailverhandlungen.

Ich frage mich, ist denn der Bundesrat von allen guten Geistern verlassen, ein solch unausgegrenztes Vertragswerk von der EU als abgeschlossene Verhandlung entgegenzunehmen? Kommt noch hinzu, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auch heute noch nicht das Funktionieren unserer direkten Demokratie zu verstehen scheint oder verstehen will.

In völliger Verkennung der politischen Hoheit in der Schweiz, nämlich des Souveräns, des Volkes, hat sie nur schon den Abschluss der Verhandlungen mit den Verhandlungsführern als historisch bezeichnet. Ich persönlich glaube nicht, dass das Stimmvolk solch einen einseitigen Vertrag zugunsten der EU an der Urne annehmen wird. Nicht nur wegen der unverschämten Forderung einer jährlichen «Gebühr» für den erleichterten Zugang zum EU-Binnenmarkt. Was ist denn die EU bereit zu zahlen, für den uneingeschränkten Zugang zum Schweizer Binnenmarkt?

Claudio Bachmann, Basel

Hochhäuser und verdichtetes Bauen

«Mehr Mut zu Hochhäusern und verdichtetem Bauen» fordert die neue SIA-Präsidentin («Wir müssen den Mut haben, an zentralen Lagen in die Höhe zu bauen», NZZ 16. 12. 24). Damit fordert sie aber nichts anderes als den Fünfer und das Weggüli.

Bevölkerungswachstum und Städtewachstum ja, aber gleichzeitig soll es mehr Grünräume, mehr grosse Bäume geben, und «unsere Landschaft soll erhalten bleiben». Wo sollen denn bitte die schönen Flächen herkommen, auf denen sie die hohe Lebensqualität erhalten will?

Mit der Aussage «Das Bevölkerungswachstum ist eine Realität» verwechselt Frau Zenker diese seit über

100 Jahren staatlich geförderte Entwicklung offenbar mit einem Naturgesetz. Ein äusserst gefährlicher Irrtum, denn die Bevölkerungsentwicklung kann, wie jeder andere Faktor, sehr wohl gesteuert werden.

Ohne eine solche Steuerung laufen wir nämlich Gefahr, politisch und wirtschaftlich in extrem instabile Verhältnisse zu geraten. Denn jeder Mensch benötigt nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern auch Wasser und Nahrung (und noch vieles mehr). Hier sind wir heute schon vom Ausland abhängig. Noch können wir uns kaufen, was wir brauchen. Aber das dürfte in Zukunft zunehmend teurer und dann auch immer schwieriger werden.

Wer also einfach nur das Bauen in die Höhe ohne entsprechende Reduktionsmassnahmen an der Peripherie und in der freien Landschaft fordert, muss sich vorwerfen lassen, die Wachstumsproblematik weiter zu verschärfen.

Schon die römischen Architekten der Antike hatten mit ihrer vorausschauenden Praxis der Wasserversorgung den existenziellen Zusammenhang von Städtebau und Umwelt verstanden. Eine Einsicht, die dem heutigen Berufsstand offenbar abgeht.

Uwe Scheibler, Wetzikon

Wohlfühlen an Kraftorten

Die positive «Ausstrahlung» von Kraftorten auf die Besonderheiten einer Landschaft und auf den Placebo-Effekt zu reduzieren, liegt mit den heutigen Erkenntnissen der Wissenschaft einigermassen auf der Hand («Ist das schön hier», NZZ 21. 12. 24).

Vielleicht allerdings ist der Schluss ein typischer für den heutigen, nur noch technikgläubigen Menschen: Was nicht messbar ist, kann nicht existieren. Könnte das ein eingebildeter Irrtum sein, den wir irgendwann korrigieren müssen, wenn wir in unserem technischen Wissen noch etwas fortgeschrittener sein werden?

Fritz Zollinger, Küssnacht

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Regieren in Zeiten politischer Unruhen

Gastkommentar

von CHRISTOPH GRÜNINGER und ANDREAS STÖCKLI

Die Wahlen in den USA und der Regierungsbruch in Deutschland haben gezeigt, dass westliche Demokratien sich in einem unruhigen Zeitalter befinden. In den USA wurde die bestehende Regierung gewissermassen mit der Wahl des politischen Gegenteils abgestraft. In Deutschland legt der nervöse – bisweilen geradezu ungehaltene – Umgang mit dem Bruch der Regierung und seinen Ursachen nahe, dass vom Rückhalt einer konkreten Parteienkoalition in der Bevölkerung auch die Einstellung zum demokratischen Selbstverständnis insgesamt abgeleitet wird.

In beiden Ländern scheint das Urteil über den Zustand und die Standfestigkeit der eigenen Demokratie wesentlich vom Erfolg derjenigen Parteipolitiker abhängig gemacht zu werden, die gerade mit der Regierung betraut sind.

Damit wird den jeweiligen Regierungsparteien faktisch grosse Verantwortung, aber auch Macht übertragen. In Koalitionsdemokratien oder Zweiparteiensystemen birgt dies gleichzeitig die Gefahr, dass im Anschluss an eine Wahlperiode (wieder) die Opposition in die Regierung gewählt wird und diese die Politik der Vorgängerregierung weitgehend rückgängig macht.

Das Resultat sind sachpolitische Blockaden, Reformstaus und die zunehmende Polarisierung zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien. Dies verkompliziert die Bildung zukünftiger Koalitionen nachhaltig. Es kommt hinzu, dass zunehmend extreme Wechsel nicht nur die Kontinuität der Regierungspolitik überschatten, sondern zwangsläufig auch die Dauer, die Intensität und den Ressourcenverbrauch von Wahlkämpfen erhöhen.

Im Kontrast zu diesen Phänomenen setzt die Schweiz mit der Konkordanzdemokratie auf ein anderes Regierungssystem. Die schweizerische Bundesregierung setzt sich nicht aus einer verhandelten Mehrheit zusammen – bestehend aus einer Auswahl koalitionswilliger Parteien –, der nach dem Ende ihres Mandats die Abwahl droht. Vielmehr setzt sich der Bundesrat stets aus Vertretern derjenigen Parteien mit der grössten Parteistärke zusammen. Die dieser proportionalen Regierungszusammensetzung konkret zugrunde liegende Zauberformel wird traditionell nur sehr selten angepasst.

Dieses nach Konkordanz strebende und nicht von Parteienkoalitionen geprägte Bundesregierungssystem macht rabiate politische Umwälzungen in der Schweiz unwahrscheinlicher als in anderen westlichen Demokratien. Auch passt folglich die grundlegende demokratische Prämisse, wonach sich eine starke Demokratie im Wesentlichen durch eine starke Opposition auszeichnet, für die Schweiz nicht wirklich.

Die schweizerische Usanz, die Wiederwahl von Mitgliedern der Bundesregierung in aller Regel nicht vom persönlichen Leistungsausweis der jeweiligen Amtsinhaber abhängig zu machen, mag auf ausländische Betrachter ähnlich unlogisch wirken wie die Tatsache, dass die Bundesregierung nicht in einer Volkswahl gewählt wird und faktisch keine Gesamterneuerung kennt.

Die entsprechend stark auf Kollegialität ausgerichtete Regierungsform vermochte bisher radikalen Regierungswechseln weitgehend vorzubeugen. Unbesehen der Oppositionsarmut soll es auch in der schweizerischen Konkordanzdemokratie grossen Parteien nicht verwehrt sein, zum Instrument der Volksinitiative zu greifen. Oppositionspolitik wird daher in der Schweiz eher über direktdemokratische Vorstösse betrieben als durch die Parlamentsarbeit nicht im Bundesrat vertretenen Parteien.

Gleichwohl werden die kollegialen Regierungsstrukturen im schweizerischen Bundesstaat von jeher von der politischen Kultur getragen und sind hierzulande ähnlich zentral und selbstverständlich wie etwa die Gewaltenteilung oder der Grundrechtsschutz. Es bleibt zu hoffen, dass die schweizerische Konkordanzdemokratie politische Unruhen nach dem Vorbild anderer westlicher Demokratien auch in Zukunft abzuwenden vermag.

Christoph Grüninger ist Rechtsanwalt. Andreas Stöckli ist Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Freiburg und Direktionsmitglied des Instituts für Föderalismus derselben Universität.

KORRESPONDENTEN

Paris: Daniel Steinwörter (DSt); **London:** Niklaus Nusslinger (nn.); **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.); Jonas Herrmann (jsh.); René Höltschi (Ht.); Oliver Maksan (oma.); Fatina Keilani (kei.); Beatrix Achterberg (bta.); Susanne Gaschke (sug.); Marco Seliger (mse.); Johannes C. Bockenheimer (JCB.); **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.); **Rom:** Luzi Bernet (lbz.); **Madrid:** Ute Müller (utm.); **Wien:** Ivo Mjnsen (mj.); Meret Baumann (bam.); **Tallinn:** Linda Koponen (kp.); **Brüssel:** Daniel Imwinkelried (im.); Antonio Fumagalli (fum.); **Moskau:** Markus Ackert (mac.); **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.); **Istanbul:** Volker Pabst (pab.); **Beirut:** Daniel Böhm (dan.); **Tel Aviv:** Rewert Hoffer (rew.); **Delhi:** Andreas Babst (abb.); **Taipeh:** Patrick Zoll (paz.); **Peking:** Matthias Kamp (mka.); **Tokio:** Martin Kölling (koe.); **Sydney:** Barbara Barkhausen (bkh.); **Washington:** Christian Weisfogel (wvs.); **Chicago:** David Signer (ds.); **New York:** André Müller (amü.); **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (ma.); **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mt.); **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Folio: Aline Wanner (awa.); Reto U. Schneider (res.); Flurin Claluna (fcl.); Barbara Kingbacher (bkb.).
NZZ Geschichte: Claudia Mäder (cmd.); Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch.
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 246. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Barnaby Skinner (bsk.).

Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Samuel Burgener (sbr.), Jacqueline Lipp (lip.).

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Marco Kaufmann Bossart (kam.), Werner J. Marti (wjm.), Nina Belz (nbe.), Andreas Ernst (ahn.), Dominique Burckhardt (dbu.), Ulrich von Schwerin (avs.), Katrin Büchtemacher (k.b.), Jonas Roth (jon.), Erika Burri (ebu.), Isabelle Jacobi (ija.), Anne Almling Gall.

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mml.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hehli (hsh.), Tobias Gafater (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.). **Bundeshaus:** Fabian Schäfer (fab.), Katharina Fontana (fon.), Andrea Fopp (af.). **Westschweiz:** Matthias Sander (msa.).
Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Zeno Geisseler (zge.), Fabian Baumgartner (fb.), Stefan Hotz (sho.), Katja Baliger (ba.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Jan Hudoc (jhu.), Claudia Rey (cra.), Michael von Ledebur (mvl.), Isabel Heusser (heu.), Oliver Gamenzind (ole.), Giorgio Scherrer (sgi.), Tobias Marti (tma.), Marius Huber (hub.), Francesca Prader (fpr.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Lorenz Honegger (lho.), Guido Schättli (gui.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Andrea Martel Fus (am.), Matthias Benz (mbe.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Benjamin Triebe (bet.), Dominik Feldiger (df.), Eflamm Mordrelle (EM), Nelly Keusch (nel.), Isabelle Wächter (wai.), Zoë Baches (ZB), Moritz Kaufmann (mkf.), Jürg Meier (mju.), Markus Städeli (stä.), Albert Steck (sal.), Jürg Zulliger (jz.), Janique Weder (we.), Jannik Belsler (jbb.), Beatrice Bösiger (boe.).

NZZ Pro: Peter A. Fischer (pfi.) – Chefökonom, Georg Häslar (geo.), Leon Igel (igl.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Patrick Imhasly (pim.), Stephanie Lahtz (slz.), Herbert Schmidt (hd.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fultner (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Kalina Oroschakoff (oro.), Esther Widmann (wde.), Philipp Wolf (phw.), Eva Mel (ev.), Martin Amrein (ma.), Anna Weber (wea.), Georg Rüschemeyer (rus.).

Fuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rb.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Lucien Scherrer (lsc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Andreas Scheiner (sca.), Rahel Zingg (zin.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Remo Geisser (reg.), Christof Krapf (krap.), Christine Steffen (cen.), Stephan Ramming (ram.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Sebastian Bräuer (smb.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Eva Breitenstein (eva.), Benedikt Koller (bko.), Dominic Wirth (dow.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schoop (scl.), Esther Rüdiger (eru.), Peter Ackermann (pan.).
Reporter: Andrea Spalinger (spl.), Marcel Gyr (yr.), Michael Schilliger (msi.), Katharina Bracher (brk.).

Nachrichten: Samuel Burgener (sbr.), Michele Coviello (cov.), Elena Panagiotidis (ela.), Kathrin Klette (kk), Raffaella Angstmann (ran.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Melchior Poppe (mp), Till Minder (tl.), Janina Gehrig (jag.), Jacqueline Lipp (lip.), Corina Gall (cog.), Lia Pescatore (lia), Philipp Gollmer (phg.), Max Sprick (max.), Kevin Weber (kek.), Elena

Oberholzer (obe.), Matthias Venetz (vt.), Miriam Moll (mir.), Leonie Wagner (lwa.), Salome Woerlen (wo.).

Video / Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Michelle Amstutz (mma.), Pascal Burkhard (bup.), Florentin Erb (fer.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Lucia Grassi (glu.), Isabelle Pfister (ipf.), Severin Pomsel (spo.), Damita Pressi (dam.), Valentina Senn (vas.), Raca Witta (raw.), Valentina Winkler (wiv.).

Format: Jürg Walch (jwa.), Nicole Krätti (krä.), Séverine Bruderer (brs.), Sophie Brunner (sop.), Roman Hodel (rho.).

Community: Anja Grünenfelder (ang.).

Podcast: Sven Preger (sve.), Nadine Landert (lna.), David Vogel (dv.), Marlen Dehler (oeh.), Antonia Moser (ata.), Jenny Rieger (rje.), Simon Schaffer (ssi.), Alice Grosjean (gja.).

Audience Management: Jonas Holenstein (jho.), Thierry Figini (tfti.), Martin Arnold (maa.), Nicolas Fröhner (frn.).

Visuals & Editorial Tech: Markus Ikehata (sma.), Anja Lemcke (lea.), Simon Tanner (tan.), Kaspar Manz (xao.), Joana Kelén (jok.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sh.), Eike Hoppmann (eik.), Simon Huwiler (shu.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw (sro.), Cian Joachim (cia.), Danijel Beljan (beb.), Seda Motie (sed.), Sophia Kissling (ski.), Jessica Eberhart (ebj.), Olivia Meyer (olm.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Lucie Paška (lpa.), Andreas Kopp (ako.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rol.), Bodo Lamparsky (lba.), Philipp Hufschmid (phh.), Ilda Özalp (ilo.), Lisa Leonardy (ll.), Yves Tardent (ady.), Tanja von Arx (tva.), Benjamin Hämmerle (bh.), Philippe Flück (flp.), Marco Krüger (krm.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grt.), Nicole Aeby (nae.), Martin Berz (brz.), Dominic Nahr (dna.), Dario Verob (dvo.), Isabelle Hager (iba.), Majja Siebrecht (mie.), Simone Imhof (ims.), Stefan Günther (stg.). **Fotografen:** Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.).

Korrektur: Natascia Fischer.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/faq.

Inserate: NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzzzone.ch, www.nzzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print: 960 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat).

NZZ E-Paper: 654 Fr. (12 Monate), 61 Fr. (1 Monat).

Kombi NZZ Fr & Sa Print: 425 Fr. (12 Monate), 38 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print: 650 € (12 Monate), 59 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage.

Kombi NZZ & NZZaS Print: 1026 Fr. (12 Monate), 94 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2025.

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2025.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler